

„Alle Jünger waren anwesend. Der Messias lag im Sterben, eine einzige Kerze brannte im Saal, über seinem Bett wölbte sich ein Schuppentier aus Diktaphonen und Notizblöcken. »KAKA BRUU MALALALL...«, gurgelte er. Niemand sagte ein Wort. Jeder wußte, was ungefähr gemeint war. »BRANA BABA TAKA GARRR...«

Ein jeder hielt den Atem an.“

*(Helmut Krausser. Die Zerstörung der europäischen Städte, Kreise, Vierter Kreis, IX.)*

## **Einleitung: Struktur und Normativität – Zur Kritik öffentlicher Diskurse**

Das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln entwarf unlängst ein Lernprogramm, mit dem vornehmlich jungen Leuten die Funktionsweise 'der Wirtschaft' beigebracht werden soll.<sup>1</sup> Dieses Programm ist von der These geleitet, daß man heute Jugendliche frühzeitig mit den Erfordernissen einer Wirtschaft vertraut machen müsse, welche zwar Wohlstand produziere, aber für die Produzenten auch ihren Preis habe. Dazu gehört, wenn man dem Curriculum des Instituts folgen möchte, die individuelle Einsicht in die eigene Existenz als Kostenfaktor für unternehmerisches Handeln. Da lohnabhängig Beschäftigte zahlreiche staatlich garantierte Schutzrechte hätten, könnten sie nicht ohne weiteres 'freigesetzt' werden, wenn es die Ertragslage der Firma erfordere. Damit aber würden Unternehmen daran gehindert, ihrer 'gesellschaftlichen Verantwortung' gerecht zu werden, die schlicht darin bestehe, Gewinne zu erzielen, zu existieren und damit genau jene 'Arbeitsplätze' zu sichern, die durch aufwendige sozialstaatliche Arrangements unnötig gefährdet würden. Die Lektion, die es hier zu lernen gilt, ist eindeutig. Sie besteht in der Einsicht, daß alle 'Marktstörungen' von administrativer Seite immer schon und zwangsläufig falsch und damit illegitim seien. Daraus resultiert folgerichtig eine Definition der flexiblen Arbeitnehmerpersönlichkeit, die, wenn sie sich zu sich selber wie ein Unternehmer der eigenen Fähigkeiten verhalte, alle Bedingungen für eine erfolgreiche Teilnahme am Markt erfülle.<sup>2</sup> Mit Hilfe dieser Argumentation sollen Jugendliche bereits in der Schule in die Lage versetzt werden, sich ein 'eigenes Bild' von wirtschaftlichen Zusammenhängen zu machen.

Sicher gäbe es gute Gründe, die man anführen könnte, dieses vulgärliberale Bild zu modifizieren und die Unhaltbarkeit solcher in mancher Hinsicht fataler Implikationen zu demonstrieren. Wie immer man aber in diesem fiktiven Disput argumentieren würde, zweifellos müßte man einräumen, daß den neoliberalen Vorstellungen der Experten des Instituts der Deutschen Wirtschaft der aktuelle Rücken-

---

<sup>1</sup> Dies ist unter <http://www.iw-koeln.de/WuU/WuU-h.htm> zugänglich.

<sup>2</sup> Die Eigenschaften, die der 'neue Kapitalismus' dem Individuum abverlangt, sind auf kritische und instruktive Weise beschrieben bei Richard Sennett. *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus.* Berlin 1998.

wird einer öffentlichen Stimmung Schwung verleihen würde. Etwas ist in ihren Beiträgen, was den darin geäußerten propositionalen Gehalten einen Plausibilitätsvorschuß gewährt. Ihre sachliche und normative Beschreibung von Weltzuständen muß sich, wenigstens für die Dauer eines historischen Moments, nicht sonderlich um die Stimmigkeit von Hintergrundannahmen oder die Konsistenz von Argumenten bemühen, um im Ungefähren einer allgemeinen Öffentlichkeit von vielen als plausibel akzeptiert zu werden.

Als im November 1998 der Holzfrachter *Pallas* in der Nordsee vor Amrum havarierte und 38 Tonnen Öl verlor, bot sich im öffentlichen Raum folgendes Bild.<sup>3</sup> Das verunglückte Schiff löste durch seinen Ölverlust eine 'Umweltkatastrophe' (dpa), ein 'Desaster' (Greenpeace), eine 'Apokalypse für die Tierwelt' (Deutscher Tierschutzbund) aus. Diese Katastrophe hätte verhindert werden können, wenn die zuständigen Behörden richtig reagiert und den Hochseeschlepper *Oceanic* rechtzeitig zum Havaristen aufs Meer gesandt hätten. Tagelang sah man Fernsehbilder von einem wankenden, brennenden Schiff auf hoher See, und in der Presselandschaft entstand in ungezählten Artikeln ein Monument von Katastrophe und Skandal. Das Ereignis nahm einen Verlauf, der den strukturellen Bedingungen eines Medienensembles im öffentlichen Raum entsprungen war. Bei einer Überprüfung von Geltungsansprüchen durch argumentative Kritik würde sich die Geschichte anders darstellen. Zunächst scheint es angesichts der mindestens 70000 Tonnen Öl, die sich in jedem Jahr aus Schiffen in die Nordsee ergießen, schwierig, den 38 Tonnen aus der *Pallas* jene katastrophischen Dimensionen zuzugestehen, die der Hauptstrom des öffentlichen Diskurses nahelegte. Darüber hinaus bescheinigten sowohl der Nautische Verein Nordfriesland als auch die Wasser- und Schifffahrtsdirektion in Kiel den Einsatzleitern aus Cuxhaven, sachgerecht und adäquat gehandelt und alle nötigen Maßnahmen zur Unfallhilfe ergriffen zu haben. Zur Reinigung des Strandes von Amrum, der nur wenig mehr als ohnehin ständig verschmutzt war, wurden etwa 150 Feuerwehrleute abgestellt, von denen man aber nur sechzig benötigte.

Das Interessanteste an diesem Vorfall ist nicht, daß sich später herausstellte, daß der Amtsleiter von Amrum das Gerücht von den fahrlässigen Unterlassungen der Einsatzgruppe gestreut hatte, daß an dieser Einsatzgruppe das von den Grünen geführte Umweltministerium beteiligt war, daß man dem dortigen Minister, Rainer Steenblock, schon lange zürnte, weil dieser den Nationalpark Wattenmeer (gegen den Willen von Fischern, Jägern und Bauern) vergrößern lassen wollte, daß 'folgerichtig' (in der Logik des politischen Kampfes) die CDU Nordfriesland gegen den Minister einen Strafantrag wegen 'schwerer Umweltgefährdung' stellte und also mit Hilfe einer diskursiv erzeugten Umweltkatastrophe Umweltschutz verhindert werden sollte. Bedeutender ist hier vielmehr ein Umstand, welcher, verglichen mit der Ebene von Sachverhalten und ideologischen Kämpfen, zunächst sehr unspektakulär anmutet. Es handelt sich hier um die Feststellung, daß in öffentlichen Diskursen Wissens-elemente und normative Zuschreibungen auf der Ebene ihrer Materialität, ihres bloßen ereignishaften Auftauchens,

---

<sup>3</sup> Vgl. zum folgenden Frank Drieschner. Das Kataströphchen. Im Watt gedeihen Legenden über Ausmaß und Ursache der Ölpest. In: DIE ZEIT; Nr.48, 19.11.1998.

produktive Wirkungen erzielen können, welche nicht durch den propositionalen Gehalt der darin verhandelten Sachverhalte und Normen gedeckt sind.<sup>4</sup>

Die in dem Beispiel diskursiv erzeugte Wahrheit von der Katastrophe und ihren politischen Folgen hätte jedoch keinen Bestand, wenn man sie dem differenzierenden und prüfenden Test argumentativer Rede aussetzen würde. Der öffentliche Diskurs selber scheint, unter bestimmten Bedingungen, durch eine ihm innewohnende kommunikative Logik der Verwendung von Propositionen die Konsistenz und Plausibilität von Tatsachenbeschreibungen und normativen Schlüssen einfordern zu können. Es wäre und war tatsächlich möglich, die Verhältnisse argumentativ zurechtzurücken. Der Minister mußte sich nicht strafrechtlich verantworten und nicht zurücktreten, die Legende von Skandal und Schlamperei erzielte nicht die intendierte Wirkung.

Es sind zwei gleichursprüngliche Merkmale öffentlicher Diskurse, die hier zum Ausgangspunkt für einen theoretischen Ansatz in kritischer Absicht gemacht werden sollen; zum einen die Existenz 'nicht-logischer' struktureller Präfigurationen, welche auf der topographischen Ebene der Materialität und Produktivität des Diskurses zu wirkungsmächtigen, normativ relevanten Resultaten führen können; zum anderen die Rationalisierbarkeit öffentlicher Diskurse, in denen Weltbeschreibungen und normative Sätze in einem Prozeß der Argumentation auf ihren Wahrheitsgehalt und ihre Angemessenheit überprüft werden können.

Öffentlichkeit soll im folgenden als eine kontingente diskursive Struktur beschrieben werden, welche sich im normativen Rahmen von Verständigungsprozessen abzeichnet. Diese Begriffsfassung kann im Zusammenhang kritischer Theoriebildung dazu beitragen, normative Grundannahmen mit strukturellen Grundzügen der gesellschaftlichen Wirklichkeit so zu verbinden, daß ein für empirische Forschung anschlussfähiges Modell der Beschreibung entsteht. Das ist deshalb bedeutsam, weil sich heute für kritische Theorie – oder Gesellschaftskritik mit wissenschaftlichem Anspruch – das zentrale Problem ergibt, von welchem Standpunkt aus gesellschaftliche Praktiken und Institutionen plausibel einer Kritik unterzogen werden können.<sup>5</sup> Zwar ist man heute durch ein rekonstruktives Verfahren in der Lage, mit dem Begriff des kommunikativen Handelns den Grundstein für ein nachmetaphysisches normatives Modell einer Kritik der Gesellschaft legen zu können. Damit ist die Kritik selber aber noch nicht entfaltet. Wenn man nämlich versucht, das normative Modell bei der Beschreibung gesellschaftlicher Verhältnisse zu Grunde zu legen, wird man feststellen, daß sich Theorie und Empirie eigenartig

---

<sup>4</sup> Die Rede von der sprachlichen Materialität ist auch an ihrem Ursprungsort der literaturwissenschaftlichen Debatte nicht hinreichend klar. Wenn es auch eine über die semantischen Gehalte hinauschießende Materialität der Sprache oder der Kommunikation geben mag, so läßt sich dafür keine definatorische Bestimmung angeben, weil jede mögliche Beschreibung unweigerlich Sinn produzieren und damit wiederum über die Materialität hinausweisen würde (vgl. dazu K. Ludwig Pfeiffer. *Materialität der Kommunikation?* In: ders u. Hans Ulrich Gumbrecht [Hrsg.]. *Materialität der Kommunikation*. 2. Aufl., Frankfurt am Main 1995, 15-28.). Wenn hier dennoch von der Materialität der Aussage bzw. des Diskurses die Rede ist, dann ist damit das Konkrete an der sprachlichen Realisierung von Propositionen gemeint. Propositionen sind an die Form ihrer Hervorbringung gebunden, welche bis zu einem gewissen Grad die propositionalen Gehalte selber affiziert. Michel Foucault, dessen Arbeiten in dieser Untersuchung einen zentralen Platz einnehmen werden, hat diese Schicht der Sprache immer mit Metaphern des Schweigens und des Dunklen belegt, um auf die Untergründigkeit ihrer Wirkung hinzuweisen.

<sup>5</sup> Zum folgenden vgl. Axel Honneth. *Rekonstruktive Gesellschaftskritik unter genealogischem Vorbehalt. Zur Idee der „Kritik“ in der Frankfurter Schule.* In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* (künftig: *DZPhil.*), Nr. 5/2000, 729-737.

unvermittelt gegenüber stehen. Es ist unklar, wie sich Phänomene sozialer Desintegration und ökologischer Zerstörung als spezifische gesellschaftliche Pathologien und nicht bloß als funktionale Störungen kritisieren lassen sollen, die, wenn Verständigung herrschte, demokratisch zu beseitigen wären. Offenbar bedarf es einer Ergänzung normativer Überlegungen durch ein Verfahren der Beschreibung von 'nicht-logischen' strukturellen Merkmalen gesellschaftlicher Wirklichkeit. Ohne eine solche Ergänzung „kann sich die Kritik nicht sicher sein, dass die von ihr herangezogenen Ideale in der sozialen Praxis noch die normative Bedeutung besitzen, die sie ursprünglich einmal ausgezeichnet hatte“.<sup>6</sup> Was bei einer ausschließlich normativen Vorgehensweise verloren geht, ist die Sensibilität dafür, daß sich die Bedeutung von moralischen Normen ungeachtet ihres rekonstruierbaren kommunikativen und universalisierbaren Gehalts im Dickicht der gesellschaftlichen Diskurse möglicherweise verschoben hat. So drohen die Errungenschaften des demokratischen Rechtsstaates wie negative Freiheits- und positive Teilhaberechte mitsamt ihren Institutionalisierungen zu formalen Agenturen zu verkommen, wenn nicht der demokratische Prozeß selber etwas von der normativen Emphase allgemeiner Beteiligung an der Gestaltung des gemeinsamen Schicksals behält. Die Ideale von demokratischer Beteiligung und kommunikativ orientierter freier Rede sind semantisch keine Selbstläufer. Sie sind ständig auf die Unterstützung durch einen zivilen 'Geist' und demokratische Tugend angewiesen, ohne die sie zwar weiter existieren, aber immer weniger von ihrer ursprünglichen Bedeutung behalten können. Es sind diese subtilen Verschiebungen der sozialen Bedeutung moralischer Normen, die heute eine gewissermaßen genealogische Umarbeitung normativer Theorie erforderlich machen. Diese Genealogie hat die Aufgabe zu erklären, unter welchen historischen Umständen normative Ideale entstehen konnten und mit welchen strukturellen Bedingungen der Aktualisierung sie gegenwärtig rechnen müssen. Erst durch eine solche Ergänzung können die intuitiv auf den ersten Blick erkennbaren sozialen und ökologischen Schwierigkeiten der Gegenwart wieder in den Bereich kritisch artikulierbarer Defizite zurückgeholt werden. Jetzt erst kann wieder beschrieben werden, welche Bedingungen sich verändern müßten, damit moralischen Normen mit universalisierbarem Gehalt wieder eine konkrete Orientierungsfunktion im komplexen pluralistischen Gefüge moderner Gesellschaft zukommen kann.

Für eine Untersuchung öffentlicher Diskurse bedeutet dies, daß die bloße Konfrontation der alltäglichen Öffentlichkeit mit den ihr inhärenten Potentialen kommunikativer Rationalität eigenartig fruchtlos bleibt, solange man nicht die Ebene der Materialität und Produktivität des Diskurses ins Auge faßt. Auf dieser Ebene lassen sich sprachlich geronnene, historische und strukturelle Merkmale identifizieren. Durch die Topographie geronnener Diskurse können die aus der Propositionalität derselben Sprache resultierenden normativen Ideale modifiziert, unter Umständen abgedämpft, bis zur Unkenntlichkeit verstellt oder in ihr Gegenteil verkehrt werden. So kann man in der aktuellen Öffentlichkeit zum Beispiel politische Diskurse verfolgen, die durch die Art und Weise ihrer Hervorbringung Mindeststandards demokratischer Emphase unterlaufen. Formal und prozessual läuft ein Diskurs unter freiheitlichen Bedingungen ab, der aber durch die Weise seiner Konkretisierung jedes Maß an Ver-

---

<sup>6</sup> Ebd., 736f.

ständigkeit so weit einbüßen kann, daß mit dem verhandelten Gegenstand selber auch das Vertrauen in die Legitimität der erzielten Resultate schwindet. In parlamentarischen Debatten, im täglichen Allerlei der elektronischen Medien, in den Berichten, Kommentaren und Reportagen der Presse, im Dunstkreis von Stammtischöffentlichkeiten, bei Akteuren, Kommunikatoren und Rezipienten, bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern an öffentlichen Diskursen herrschen unter den Bedingungen des demokratischen Rechtsstaates zwar jene wie immer impliziten Überzeugungen freier Rede und Meinungsbildung vor, welche letztlich im Vertrauen auf die illokutionären Bindungskräfte der Sprache gründen. Zugleich schaffen aber die Materialität der Sprachverwendung und die Produktivität von Kommunikationssituationen konkrete Bedingungen, welche über die Propositionalität der Sprache, ihre argumentativen, verständigungsfördernden Potentiale hinausweisen. Diese Ebene der Materialität und Produktivität des Diskurses kann den illokutionären Bindungskräften der Sprache entgegenwirken oder sie in der kontraproduktiven Vorherrschaft von Perlokutionen gleichsam versinken lassen.

Einem normativen Maßstab, der in den Verständigungspotentialen der Alltagssprache verankert ist, muß daher eine Beschreibung struktureller Präfigurationen zur Seite gestellt werden, um zu sehen, welchen außernormativen Bedingungen sich die Verständigungsidealität bei der Realisierung sprachlicher Objektivationen ausgesetzt sieht. Die Kritik muß sich dann nicht in einer unvermittelten Gegenüberstellung von normativem Maßstab und gesellschaftlicher Wirklichkeit bescheiden. Sie kann vielmehr beschreiben, inwiefern bereits in den sprachlichen Voraussetzungen, die diesem Maßstab zu Grunde gelegt sind, strukturelle Bedingungen wirksam sind, welche die Konkretisierungen normativer Arrangements (demokratischer Rechtsstaat, freie Berichterstattung, freie Rede usw.) präfigurieren. Umgekehrt bleibt es bei dem bewährten rekonstruktiven Verfahren, in gesellschaftlichen Institutionen und Praktiken ein gewisses Maß an Normativität realisiert zu sehen. Was dieser Konstruktion einer theoretisch anspruchsvollen und empirisch anschußfähigen Kritik – also normativer Maßstab einerseits, Analyse struktureller Bedingungen andererseits – noch fehlt, ist ein gesellschaftstheoretisches Leitbild, innerhalb dessen erst klar wird, woraufhin öffentliche Diskurse sinnvoll kritisiert werden können. Mit dem bisher Gesagten läßt sich ja nur feststellen, *daß* in öffentlichen Diskursen die zwei gleichursprünglichen Tendenzen struktureller Bedingungen und normativer Implikationen wirken. Damit ist aber noch nichts über das kritische Potential dieses Theorieelements ausgesagt. Wenn es plausibel ist, daß im Diskurs stets strukturelle Präfigurationen und das normative Potential der Verständigung zusammenwirken, muß es für eine 'Richtungsangabe' der Kritik noch eine dritte Instanz geben. Mit dem in dieser Untersuchung verwendeten Modell posttraditionaler Sittlichkeit, welches sich auf den Begriff der Anerkennung als Universalie menschlichen Sozialverhaltens stützt, soll ein solches Leitbild dargestellt werden. Demnach drückt sich im Zustand öffentlicher Diskurse, das heißt in ihrem Potential, gesellschaftliche Konflikte mit Blick auf emanzipatorische Ziele bearbeiten zu können, der Stand sozialer Anerkennungsverhältnisse aus.

Damit kommt der Öffentlichkeit eine zentrale Stellung bei der Kritik aktueller Verhältnisse zu. Wenn man die Pluralisierung von Lebensentwürfen und Überzeugungen einerseits und die Ablehnung

von verbindlichen metaphysischen oder autoritären Instanzen der Entscheidung andererseits ernst nimmt, dann bleibt zur Bearbeitung allgemeiner relevanter politischer, sozialer, kultureller und ökologischer Fragen nur die gesellschaftliche Öffentlichkeit, mit welcher immer schon die Emphase einhergeht, mit Mitteln der Kommunikation Gewalt zu bändigen und Zivilität zu stärken. Von den kommunikativen Bedingungen, unter denen Öffentlichkeit sich jeweils gesellschaftlich aktualisiert, hängen Qualität und Verbindlichkeit der im öffentlichen Diskurs erzielten Resultate ab. Die vorliegenden Betrachtungen verhalten sich freilich skeptisch zu der Annahme, daß die Öffentlichkeit in ihrer gegenwärtigen Verfassung einen Beitrag zur Lösung der drängenden Fragen sozialer Ungleichheit und ökologischer Destruktion leisten könnte. Das Ende der Ideologien des 20. Jahrhunderts hat nicht zu einer Situation geführt, in der nun vorbehaltlos nach vernünftigen Lösungen im Sinne allgemeinen Wohls, in dem sich erst sinnvoll individuelle Freiheit entfalten könnte, gesucht werden würde. Der fundamentale und früher deutlich sichtbare Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, der ein ganzes Saeculum in seinem Bann hielt, hat sich verflüchtigt und sublimiert, unsichtbar gemacht in der dichten Komplexität gesellschaftlicher Verhältnisse. Er ist von den handfesten Auseinandersetzungen zwischen sozialen Klassen in die Kommunikationsverhältnisse mediatisierter gesellschaftlicher Interessengruppen selber eingewandert. Im Medium öffentlicher Diskurse hat sich diese Auseinandersetzung um die materielle Reproduktion der Gesellschaft diversifiziert, modifiziert, in ein Ungefähres geflüchtet, in dem kaum noch eindeutige Positionen beziehbar sind.

Wenn auch die Ursachen sozialer Probleme und ökologischer Zerstörungen sich heute derart uneindeutig und unbestimmbar zeigen, so sind es die beobachtbaren Phänomene um so weniger. Selbst in den reichen Gesellschaften der westlichen Hemisphäre herrscht akuter Mangel inmitten größten Wohlstands. Einem fast schon obszönen privaten Reichtum auf der einen Seite steht eine öffentliche Armut gegenüber, die es den 'Sachzwänge' verwaltenden Akteuren der Politik nicht einmal mehr ermöglicht, die größten mit dem Kapitalverhältnis einhergehenden Ungerechtigkeiten einzudämmen. Die in Deutschland verfassungsförmigen Gebote einer Gleichheit der Lebensverhältnisse und der Sozialverpflichtung privaten Eigentums scheinen gegenüber den ungeschriebenen Grundsätzen eines persönliche Bereicherung ermutigenden Modus materieller Reproduktion heute kein starkes Gegengewicht zu haben. Die sozialen 'Folgekosten' dieser Entwicklung sind von großer Evidenz. Eine unverminderte Massenarbeitslosigkeit der Überflüssigen geht einher mit der beharrlichen und schrittweisen Revision sozialstaatlicher Arrangements in Form von Tarifverträgen, Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfegesetzen oder Altersversorgung. Unter dem vorsätzlich aufgebauten diskursiven Druck einer wirtschaftlichen Globalisierung gerät dabei auch die ökologische Frage, bei der es um nicht weniger als den drohenden Zusammenbruch der Biosphäre geht, in den Rang von nachgeordneten Problemen. Die internationalen Klimakonferenzen der letzten Jahre haben den bloß schneckenartigen Fortschritt bei der Bewältigung massiver Umweltprobleme auf beklemmende Weise vor Augen geführt. Während die Erdatmosphäre sich erwärmt und die tropischen Regenwälder schrumpfen, diskutiert man noch über die Frage, ob diese Erscheinungen menschlich verursacht sind. Es wäre zu einfach

und entspräche einem Rückfall in den unplausiblen Rigorismus von Basis und Überbau, wenn man die sozialen und ökologischen Schwierigkeiten allein mit dem Hinweis auf ökonomische Interessen oder politische Machtstrategien zu erklären versuchte.

Im Rahmen dieser Untersuchung soll vielmehr die These begründet werden, daß es die Art und Weise der diskursiven Bearbeitung dieser zentralen Fragen im öffentlichen Raum ist, welche die demokratische Gesellschaft an durchgreifenden Lösungen hindert. Einem Diskurs unter freiheitlichen Bedingungen wird hier durchaus die Kraft zugetraut, zwischen partikularen Interessen und Fragen des Allgemeinwohls unterscheiden und somit den privaten wirtschaftlichen Vorteil in Form demokratischer Konsense sinnvoll begrenzen zu können. Nur scheint es so zu sein, daß die strukturellen Merkmale, die den öffentlichen Diskurs derzeit präfigurieren, diese Unterscheidungen erheblich erschweren. Die diskursiven Bedingungen der gesellschaftlichen Öffentlichkeit rücken damit an jene Stelle der Kritik einer Kommunikationsgesellschaft, an der früher im Rahmen der Arbeitsgesellschaft das Kapitalverhältnis mit seinen ehemals eindeutigen sozialen Stratifizierungen stand. Ging aus dem historischen Widerstreit zwischen Kapital und Arbeit unter großen Mühen und Rückschlägen eine soziale Form der Demokratie hervor, die zumindest die Möglichkeit weitergehender Emanzipation als sinnvoll begründbare Hoffnung offenhielt, muß man heute einen historischen Rückfall in einen Status formaler Demokratie befürchten. In der nur noch formalen Demokratie verbürgt zwar ein rechtsstaatlich geregelter Machtkreislauf die Einhaltung von demokratischen Mindeststandards wie Mehrheitsregel, Öffentlichkeit und allgemeine Teilhabe. Dennoch ist hier nichts mehr von jenem Ethos demokratischer Selbstbestimmung erhalten, das schon dem Wort Demokratie entspringt. Statt dessen werden die institutionellen Arrangements des demokratischen Rechtsstaats von den Akteuren auf der politischen Bühne wie bloße Regeln behandelt, die man beachten muß, um partikulare Interessen durchzusetzen oder die man genau kennen muß, um sie mit Hilfe eigens dafür herangezogener Juristen zu umgehen, ohne daß die Öffentlichkeit dies bemerkt oder davon Kenntnis nimmt. Dieser Eindruck, den man als gewöhnlicher Rezipient öffentlicher Kommunikation in Massenmedien erlangt, wird vor allem durch den diskursiven Umgang öffentlicher Akteure mit Regeln, Skandalen, Affären und demokratischen Grundsätzen erzeugt. Es gibt keinen noch so offensichtlichen Skandal, der nicht mit bestimmten Worten, Begriffen und juristischen Textbausteinen zurückgewiesen, verschleiert oder heruntergespielt werden könnte. Das ist die schwarze Kehrseite rechtsstaatlicher Vereinbarungen. Diese werden hier nicht im geringsten kritisiert oder bezweifelt. Was bezweifelt und kritisiert wird, sind vielmehr die diskursiven Gepflogenheiten eines bloß noch formalen Demokratieverständnisses, welches den un abgeschlossenen Prozeß der Moderne stillstellt.

Mag es auch heute so sein, daß die meisten Untersuchungen zum Thema Öffentlichkeit von den empiristischen Zügen der einschlägigen Publizistikwissenschaft gezeichnet sind oder systemtheoretischen Beschreibungsmustern folgen, so gibt es doch auch Ansätze, welche das dem öffentlichen Diskurs inhärente normative Potential ernst nehmen und zu den gesellschaftlichen Bedingungen öffentlicher

Kommunikation in Verbindung zu setzen versuchen. So geht zum Beispiel Bernhard Peters davon aus, daß normative Konzeptionen von Öffentlichkeit nicht bloß idealtypische Konstrukte sind, sondern in Form von artikulierten Kommunikationsfreiheiten und Pressegesetzen, Debatten über Medienpolitik, journalistischen Berufsnormen, öffentlichen Diskursen über Arkanpolitik und Irreführung, Kritiken manipulativer Strategien in politischen Kampagnen oder dem Anspruch von Minderheiten auf öffentliches Gehör eine fest verankerte Entsprechung in der gesellschaftlichen Wirklichkeit haben.<sup>7</sup> Ein normatives Verständnis von Öffentlichkeit ist demnach „ein wichtiges Element der symbolischen Verfassung moderner Gesellschaft“.<sup>8</sup> Daher müßte es auch in empirischen Untersuchungen Beachtung finden. Diese spezialisieren sich aber in der Regel auf spezifische Aspekte wie ‚*agenda setting*‘, Nachrichtenwertforschung oder Rezeptionsverhalten, „ohne die Gesamtverfassung der öffentlichen Sphäre und ihre gesellschaftliche Funktion in den Blick zu nehmen“.<sup>9</sup> Peters versucht nun letzteres, indem er zunächst ein normatives Modell von Öffentlichkeit als „Sphäre öffentlicher, ungezwungener Meinungs- und Willensbildung der Mitglieder einer demokratischen politischen Gemeinschaft über die Regelung der öffentlichen Angelegenheiten“<sup>10</sup> skizziert. Dieses Modell dient ihm als ein heuristisches Mittel, um empirische Beschränkungen sinnvoll beschreiben zu können. Die normativen Kategorien Gleichheit und Reziprozität, Offenheit und Diskursivität kontrastiert Peters dann mit strukturellen Beschränkungen, um schließlich unausweichliche von historisch variablen Behinderungen deliberativer Öffentlichkeit unterscheiden zu können. Der methodische Vorschlag, ein normatives Modell von Öffentlichkeit mit den empirischen Bedingungen seiner Realisierung in Verbindung zu bringen, kommt der oben formulierten Anforderung an kritische Theorie entgegen. Diese hätte zu prüfen, inwiefern sinnvoll rekonstruierbare normative Grundlagen sozialer Integration durch den konkreten Zustand öffentlicher Kommunikation ihren Sinngesamt einbüßen können. Wenn die normativen Maßstäbe eines Begriffs der Öffentlichkeit auch aus der Praxis alltäglicher Diskurse entspringen mögen, so können diese Diskurse gleichwohl auf Grund ihrer Struktur den Sinn inhärenter Normen der Verständigung so weit abschwächen, daß sie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern nicht mehr oder nur noch schwach bewußt sind. Die normative Emphase, die mit den institutionellen Vereinbarungen des demokratischen Rechtsstaates einhergeht, kann im extremen Fall einem bloßen Formalismus weichen, in welchem Demokratie bloß noch als *bargaining* um Kompromisse zwischen unversöhnlichen Interessengruppen oder als rechtlich geregelter Machterwerb gilt.

Das ist der theoretische Hintergrund, vor dem die folgenden Überlegungen plaziert werden. In der von Peters intendierten Hinsicht, aber in einer umfassenderen theoretischen Form, sollen die strukturellen Bedingungen öffentlicher Diskurse mit ihren normativen Grundlagen so zusammengebracht werden, daß sich ein für empirische Anschlüsse offener Erklärungsansatz ergibt. Für die Beschreibung struktu-

---

<sup>7</sup> Vgl. zum folgenden Bernhard Peters. Der Sinn von Öffentlichkeit. In: Friedhelm Neidhardt (Hrsg.). Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen 1994, 42-76; hier: 49.

<sup>8</sup> Ebd.

<sup>9</sup> Ebd., 50.

<sup>10</sup> Ebd., 45.

reller Präfigurationen im öffentlichen Raum werden dabei Grundzüge aus Michel Foucaults Projekt einer Geschichte der Wahrheit verwendet. Mit den Foucaultschen Mitteln einer Analyse von Wissensbereichen, Normativitätstypen und Subjektivierungsformen sollen Grundlinien einer Analytik der Öffentlichkeit erläutert werden. Diese beschreibt jene 'nicht-logische' und enunziative Ebene öffentlicher Diskurse, die mit ihrer Materialität und Produktivität entsteht (Erster Teil). Erst wenn diese materiale Ebene des Auftauchens, welche sich Teilnehmerinnen und Teilnehmern stets unmittelbar zeigt, als ein 'historisches Apriori' skizziert ist, kann man in einem zweiten Schritt dazu übergehen, die propositionale Ebene öffentlicher Diskurse zu untersuchen. Auf dieser Ebene finden sich jene normativen Voraussetzungen, die sich einer der Sprachverwendung innewohnenden Verständigungsidealität verdanken. Mit Hilfe der Diskurstheorie von Jürgen Habermas und einem damit einhergehenden normativen Begriff der Öffentlichkeit kann dieser Aspekt öffentlicher Kommunikation rekonstruiert werden (Zweiter Teil). Im Anschluß daran gilt es, einen Vorschlag zur Verbindung beider Perspektiven zu erläutern. Dieser Vorschlag besteht im wesentlichen in einer Verschränkung der Foucaultschen Achsen des Wissens, der Macht und des Subjekts mit dem System der Geltungsansprüche aus Habermas' *Theorie des kommunikativen Handelns*. Daraus ergibt sich ein kritisches Modell, das in Verbindung mit einer Theorie der Anerkennung als gesellschaftstheoretischem Leitbild Möglichkeiten der Analyse diskursiver Pathologien im öffentlichen Raum aufzeigt. In einer Plausibilitätsprüfung werden zum Schluß Perspektiven einer Kritik der Öffentlichkeit umrissen, deren empirische Kontrolle im Rahmen dieser Arbeit allerdings Desiderat bleiben muß (Dritter Teil).

Auf den ersten Blick scheint es nicht leicht oder gar unplausibel, die sehr unterschiedlichen theoretischen Perspektiven von Foucault und Habermas in der annoncierten Weise zusammenzubringen. Das zunächst vorthoretische Interesse an der Frage nach weitergehender Emanzipation, verstanden als ein intendiertes Lösen von Fremdherrschaft, ist es jedoch, das beide Autoren eint. Wenn auch aus unterschiedlichen Motiven und in konträrer Hinsicht, beziehen sich sowohl Foucault als auch Habermas auf das von Kant in seiner Antwort auf die Frage 'Was ist Aufklärung?' begründete kritische Erbe der Moderne.<sup>11</sup> Beide begegnen sich in der Einsicht in die unausgesetzte Notwendigkeit des *sapere aude*. Foucaults Projekt einer Geschichte der Wahrheit ist mit dem Bemühen verbunden, das je aktuelle und nur zu leicht absolut verstandene menschliche Sein als bloß historisches Resultat von sozialen Erfahrungszusammenhängen zu beschreiben. Das Wissen einer Zeit, die jeweiligen Machtrelationen und die damit korrespondierenden Selbstverhältnisse von Individuen sind diskursiv, institutionell und habituell geronnene Substrate historischer Augenblicke, die für die jeweils Lebenden ein Absolutes darzustellen tendieren. Eine kritische Haltung „als Tugend im allgemeinen“<sup>12</sup> ist es, die für Foucault zu den beson-

---

<sup>11</sup> Vgl. dazu exemplarisch Michel Foucault. Was ist Kritik? Berlin 1992; ders. Politik und Ethik. In: DZPhil., Nr. 4/1994, 703-708; ders. Was ist Aufklärung? In: Eva Erdmann, Rainer Forst, Axel Honneth (Hrsg.). Ethos der Moderne. Foucaults Kritik der Aufklärung. Frankfurt am Main 1990, 35-54; Jürgen Habermas. Mit dem Pfeil ins Herz der Gegenwart. In: NU, 126-131. Hubert L. Dreyfus, Paul Rabinow. Was ist Mündigkeit? Habermas und Foucault über »Was ist Aufklärung?«. In: Eva Erdmann u. a. (Hrsg.). Ethos der Moderne. A. a. O., 55-69.

<sup>12</sup> Michel Foucault. Was ist Kritik? A. a. O., 9.

deren Aufgaben modernen Denkens als einem unabschließbaren Unterfangen gehört. Seine Versuche, Verknöcherungen des Denkens aufzubrechen, sind schließlich von einer starken moralischen Intuition getragen, aus der eine Definition von Kritik als „die Kunst, nicht dermaßen regiert zu werden“<sup>13</sup>, folgt. Diese Sichtweise fördert auch Habermas mit seinen unausgesetzten Anstrengungen, den Sinn für die Möglichkeiten vernunftgeleiteter Argumentation zu schärfen. Die Vereinseitigungen einer funktionalistischen Rationalität konterkariert er mit den viel weiteren menschlichen Fähigkeiten kommunikativer Vernunft, aus denen sich eine dauerhafte Motivation zur besseren Organisation von Gesellschaft herleitet. Seine Skepsis hinsichtlich fragwürdiger Substantialitäten des Denkens einerseits und bezüglich fröhlicher Beliebigkeit andererseits macht im ganzen eine Haltung aus, in der er sich mit Foucault im Vertrauen auf die Veränderbarkeit der Verhältnisse im aufklärerischen Sinne trifft. Das Bewußtsein, jener selbstverschuldeten Unmündigkeit, die auch 200 Jahre nach Kants programmatischer Lösung als eine zu bewältigende Herausforderung verstanden werden muß, durch die Mühen des Begriffs und der publizistischen Einmischung begegnen zu wollen, vereinigt Foucault und Habermas in einer heute fast schon altmodisch anmutenden Idee, deren Aktualität indes ungebrochen ist.

Mag man diese Gemeinsamkeiten zwischen Foucault und Habermas auch eher für flüchtig oder marginal halten, so werden sie doch im Rahmen dieser Arbeit als hinreichend betrachtet, theoretische Unvereinbarkeitsbeschlüsse des zeitgenössischen Diskurses beiseite zu lassen. Die Problemkonstellationen, um die es hier geht und die sich letztlich in menschlichem Leid ausdrücken, waren Anlaß genug, Foucault und Habermas in ein vielleicht hilfreiches Konzept zu integrieren, das einer Theorie der Öffentlichkeit zuarbeiten können soll. Noch in den Niederungen des mittlerweile ausdifferenzierten Unterschichtenfernsehens der nachmittäglichen *talk shows* ist etwas von der, wenn auch hier völlig depravierten, Verständigungsorientierung argumentativer Rede im öffentlichen Raum zu erkennen. Aber diese Idealität wird von strukturellen Bedingungen des Diskurses, in dem sie genötigt ist zu erscheinen, in starker Weise überlagert. Foucault und Habermas tragen ihren Teil dazu bei, diese eigenartig vermischten Phänomene des öffentlichen Diskurses, welche sich auch in niveauvolleren Veranstaltungen zeigen, zu verstehen. Wenn also mit dieser Arbeit Überlegungen zu einer Kritik der Öffentlichkeit als Teil einer Kritik der Gesellschaft vorgestellt werden, so geschieht das im Hinblick auf die Frage, wie sich heute, in einer Zeit normativer Abgeklärtheit und zynischer Reflexivität, Wege zu einem durchaus emphatisch gedachten Prozeß weitergehender Emanzipation finden lassen. Daß dies eine letztlich praktische, politische Aufgabe ist, hindert die Theorie nicht daran, nach ihren begrifflichen Voraussetzungen zu fragen.

---

<sup>13</sup> Ebd., 12.